



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Bergedorf  
Bezirksversammlung

<b>Antrag</b> Grüne Fraktion Bergedorf  <b>öffentlich</b>	Drucksachen-Nr.: <b>20-0406</b>
	Datum: 16.04.2015  Aktenzeichen:

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
	Bezirksversammlung Bergedorf	30.04.2015

## Familienhebammen und frühe Hilfen für Flüchtlinge

### Sachverhalt:

**Antrag**  
nach § 15 der Geschäftsordnung  
der BAbg. Krönker und Fraktion GRÜNE Bergedorf

Seit 2013 hat Hamburg ein umfassendes Konzept von frühen Hilfen für Familien, die bei Geburt eines Kindes belastet sind und Unterstützung benötigen, entwickelt (Senatskonzept "Guter Start für Hamburgs Kinder" im Rahmen der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ (Bürgerschaftsdrucksache 20/6287)).

Diese Hilfen umfassen den Einsatz von Familienhebammen sowie Pflegeunterstützung bei Müttern mit besonderem Betreuungs- und Unterstützungsbedarf, aber auch materielle Hilfen in Notlagen sowie verschiedene Förderaspekte bei den Kindern.

In Bergedorf sind im Wesentlichen drei Träger der frühen Hilfen in der Versorgung junger bedürftiger und belasteter Familien tätig (das Kinder- und Familienzentrum im KulturA in Neuallermöhe, das Kinder- und Familienzentrum in Lohbrügge und die Nestlotsen der Stiftung Pestalozzi).

Durch den Zuzug von Flüchtlingsfamilien stehen die Familienteams vor neuen großen Herausforderungen und sind schon in der Betreuung junger Flüchtlingsfamilien engagiert. Jeder kann sich vorstellen, dass Flucht und Vertreibung als Schwangere oder mit Säuglingen zu schwerwiegenden Folgen der seelischen und körperlichen Entwicklung dieser Kinder und deren Eltern führen kann. Hier ist Hilfe unabdingbar. Durch den Zuzug von Flüchtlingsfamilien in die Unterkunft Brookkehre hat sich der Bedarf erhöht bzw ist von weiter erhöhtem Bedarf auszugehen.

### Petition/Beschluss:

1. Die für die Koordination der frühen Hilfen im Bezirk zuständige Netzwerkkordinatorin lädt die drei Träger, das Gesundheitsamt und den Bergedorfer Verein für Völkerverstän-

- digung zu einem Fachgespräch über die zu erwartenden Bedarfe ein.
2. Das Bezirksamt vertritt ggf. festgestellte zusätzliche Bedarfe gegenüber der BASFI und dem Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz
  3. Das Bezirksamt berichtet dem Jugendhilfeausschuss über die Ergebnisse.

**Anlage/n:**

keine